

# Dresdner Neueste Nachrichten

Einzelhefte: 10 Pfennig  
Abonnementspreise: Für den Monat 1 Mark  
Für den Quartier 3 Mark  
Für den halben Jahr 5 Mark  
Für den ganzen Jahr 9 Mark

Unabhängige Tageszeitung  
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 Mark  
Für den Monat 2 Mark  
Für den Quartier 5 Mark  
Für den halben Jahr 9 Mark  
Für den ganzen Jahr 16 Mark

Redaktion, Verlag und Druckerei: Dresden, A. Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 2 7951, 2 7952, 2 7953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060  
Sichtbare Anzeigen (ohne Rücksicht) werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt, Zerstörung oder Einbruch haben wir keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entschades.

Nr. 11 Mittwoch, 14. Januar 1925 XXXIII. Jahrgang

## Schweres Eisenbahnunglück bei Gerne

### Der Berlin-Rölnner Expres auf einen Personenzug gestossen — Bisher 21 Tote und etwa 50 Verwundete

#### Wie das Unglück geschah

WTB. Essen, 13. Januar. (Amst. Red.) Die Reichsbahnverwaltung teilt folgendes mit: Gegen 7 Uhr 20 Minuten fuhr der Zug D 10 auf dem Bahnhofs in Gerne stehenden vollbesetzten Personenzug 290 auf. Es herrschte blüher Nebel und Dunkelheit. Bisher sind 21 Tote und 30 bis 35 Verletzte, und schwerverletzte Schwerkranke. Die Rettungsarbeiten haben sofort begonnen. Der Unfall ist, soweit bis zur Stunde ermittelt werden konnte, vermutlich dadurch entstanden, daß der Zug D 10 das auf Ost stehende Einfahrtssignal in Folge des Nebels überfahren hat. Der Präsident, der Aufsichtsrat und alle für den Betrieb verantwortlichen Beamten der Reichsbahndirektion Essen sind an Ort und Stelle.

#### Der Schnellzug auf den Personenzug aufgefahren

Gerne, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Heute morgen 7.25 Uhr ereignete sich ein furchtbares Eisenbahnunglück auf dem Bahnhof Gerne. Der Personenzug 290 Dortmund-Banne fuhr auf dem Bahnhof ein, der Schnellzug D 10 von Dortmund fuhr ihm entgegen. Der D 10 fuhr über den Personenzug hinweg und in den Personenzug hinein. Der D 10 wurde durch die Lokomotive eingedrückt. Bisher sind 21 Tote durch die Feuerwehre aus den Trümmern hervorgerissen worden. Die Zahl der Verletzten beträgt 30 bis 35. Es ist zu erwarten, daß noch weitere Verletzte zu Tage kommen werden.

#### Die zerschlagene Mitte

Von Richard Bahr

Es gibt Leute, denen es nicht recht befiel, daß der Rührer Oberbürgermeister Kuhn neuer am Sonntag bei der Kundgebung der besetzten Gebiete über den inneren Föderalismus sprach. Der untreue außenpolitische Arbeiter dem. Wer ein wenig über die Eindrücke an Rhein und Ruhr unterrichtet ist, wird finden, daß ähnliche Besorgnisse dort allenthalben geteilt werden. Wenn man nur nach der sehr geschäftigen Berliner Presse urteilen wollte, könnte man glauben: Wohl und Wehe der Deutschen hängt wirklich daran, daß in die Regierung des Reiches sonstige viele Sozialdemokraten hineinkommen oder aber, wie die Extremen von außen her heißen, daß man die Weimarer Koalition erneuert.

Das bedrängte Deutschland des Westens sieht diese Dinge anders und richtiger. Das empfindet es vor allem schmerzhaft, daß die besetzten Gebiete, die in den letzten Jahren so durchsichtig fruchtbringend geschaffen sind, zusammengefallen sind, und daß man sie wieder zu gewinnen nicht anders als durch einen neuen Versuch, den Westdeutschen einen neuen Anstoß zu geben, und daß man die Weimarer Koalition erneuert.

Das bedrängte Deutschland des Westens sieht diese Dinge anders und richtiger. Das empfindet es vor allem schmerzhaft, daß die besetzten Gebiete, die in den letzten Jahren so durchsichtig fruchtbringend geschaffen sind, zusammengefallen sind, und daß man sie wieder zu gewinnen nicht anders als durch einen neuen Versuch, den Westdeutschen einen neuen Anstoß zu geben, und daß man die Weimarer Koalition erneuert.

Wir haben Grund, anzunehmen, daß der preussischen Fraktion von den vorbestimmten Anhängern der Volkspartei demnächst das Rütteln eröffnet werden wird. (Zuverlässig und in der in solchen Stunden unbestimmteren, weil mit dem unverarbeiteten Volkswillen in Verbindung stehenden Presse der Provinz ist das ja wohl bereits geschehen.) Eine Politik, wie sie vielleicht der um die Herren Scholz und Becker gekampfte rechte Flügel der Reichstagsfraktion wünscht, werden weder die breiten Wählermassen der Volkspartei noch die eigentlichen Führer zu fassen bereit sein. Durch diese Politik wird bereits das Rütteln zwischen Volkspartei und Demokraten geschritten und die alten Teile gleichmäßige Arbeitsgemeinschaft gelöst. Verharrte man bei ihr, so könnte das nur die Folge haben, daß die fraktionell gestandene Zentrum von der Verbindung mit der Volkspartei abzuhelfen. Auch Herr Luther hätte sein Kabinett wohl schneller bekommen, wenn man im Zentrum über die Marschrichtung der Volkspartei nicht befragt und im unklaren wäre. Dieses aber wird schwebend bleiben: ohne das Zentrum ist Politik in Deutschland nicht zu machen. Am allerwenigsten eine sogenannte bürgerliche.

## Das werdende Kabinett Luther

### Fachminister und „Vertrauensleute“ der Reichsparteien

Berlin, 13. Januar. Reichsfinanzminister Dr. Luther hat seine informatorischen Verhandlungen mit den Fraktionen des ganzen Tag über fortgesetzt. Er hat Vertreter des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei, der Demokraten und der Bauern Volkspartei empfangen. Den Kernpunkt aller Verhandlungen stellte die Erörterung über die Bildung einer Regierung dar, in der ohne fraktionelle Bindung jede Fraktion mit einem der Fraktionen angehörenden Vertrauensmann vertreten sein, im übrigen aber die Regierung durch Fachminister erfolgen soll, bei deren Auswahl durch den verantwortlichen Reichsfinanzminister eine gewisse Rücksicht auf die politische Einstellung genommen werden soll. Es ist ferner über die Methode verhandelt worden, durch die in der praktischen Arbeit eine engere Verbindung zwischen der Regierung und den Fraktionen sichergestellt werden kann. Das Zentrum hat eine Fraktionsberatung über die neuen Grundgesetze abgehalten und unter Vorbehalt der Entscheidung nach Kenntnis der Gesamtgestaltung des Kabinetts dem Plane einstimmig zugestimmt. Die Führer der Deutschen und der Bauern Volkspartei haben den Plan grundsätzlich zugestimmt. Die deutschnationale Fraktion hält im Laufe des Diensttags eine Vorstands- und Fraktionsberatung ab, auf der sie sich endgültig entscheiden wird. Dem Kabinett Luther würden, wenn es zustande kommt, folgende Vertrauensleute der in Frage kommenden Fraktionen angehören:

- Für die Deutschen: Wallraf als Minister des Innern.
- Für die Bauern Volkspartei: Dr. Gumminger als Justizminister.
- Für das Zentrum: Brauns als Arbeitsminister.
- Für die Deutsche Volkspartei: Dr. Friesemann als Innenminister.
- Die übrigen Ministerien würden durch Fachmänner besetzt werden, und zwar würden von den bisherigen Ministern als Fachminister im Amt bleiben: Dr. Götter als Reichsminister und Graf Ranig als Arbeitsminister. Die Frage, ob das Kabinett Luther zustande kommen wird, hängt einmal ab von der Haltung der deutschnationalen Fraktion und dann von dem Verhalten Dr. Götters, der übrigens der demokratischen Fraktion nicht mehr angehört, in seinem Amte, da das Zentrum, wie gemeißelt wird, hierzu seine Stellungnahme zum Kabinett Luther abhängig macht. Ein Kabinett Luther würde auf die Opposition der demokratischen und sozialdemokratischen Partei ruhen.

#### Dr. Wirth droht mit Gründung einer neuen Partei

Berlin, 13. Januar. Die Telegraphen-Union veröffentlicht interessante Einzelheiten aus der Fraktionsbesprechung des Zentrums am Sonntag nachmittags zu Berlin, in der bekanntlich eine offizielle Mitteilung am Kabinett Luther abgegeben wurde. Der rechte Flügel des Zentrums war zunächst gegen eine derartige ablehnende Formulierung der Resolution. Wirth trat der früheren Reichsfinanzminister Wirth auf und legte in leidenschaftlicher Rede seine prinzipielle Ablehnung jeder politischen Verbindung mit den Reichsparteien dar und drohte sogar mit der Trennung und Begründung einer neuen Partei. Daraufhin beschloß die Fraktion, die offizielle Mitteilung am Kabinett Luther vorläufig abzugeben.

#### Neue Anlagen gegen Dr. Goette

### Warnat von Sozialdemokraten an MacDonald empfohlen

Berlin, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Rote Fahne“ behauptet, die Sozialdemokratie hätte sich für die Wähler Warnat auch bei Ramsay MacDonald, als er nach Premier war, eingesetzt. Es sei an MacDonald ein von Wirth unterzeichnetes Empfehlungsschreiben geschickt worden, worin Warnat als ein „auswärtiges Genie“ und „jeden Kredit würdig“ bezeichnet wurde. Das weitere sei MacDonald gebeten worden, durch Weiterempfehlung von Warnat diesem die Kreditkassen der Londoner City zu öffnen. Wie eine gewisse Nachrichtenstelle mitteilt, soll das Schreiben in London Warnat eine Anrede erhalten, was zunächst ein wenig dunkel und schwer faßbar klingt. Ferner soll die Unterzeichnung des Staatsanwaltschaft über die Gewährung von Vollstreckung weiter ausgedehnt werden. Unter anderem soll auch ermittelt werden, unter welchen Bedingungen die Depositionen und Handbücher, deren frühere Direktoren inhaftig geworden sind und Kreditwürdigkeit verlor, werden. Kredite von der Reichsbank erhalten hat. Dr. Goette hat übrigens seinen Posten als Direktor des Generalverbandes deutscher Staatsbeamter vor einigen Tagen niedergelegt, nachdem er seinen Antritt entfallen worden war.

#### Weitere Unregelmäßigkeiten

Berlin, 13. Januar. Der Berliner Lokalanzeiger veröffentlicht neue Mitteilungen über Unregelmäßigkeiten im Reichspostministerium. Er berichtet, daß sich der Minister Dr. Goette im Jahre 1924 aus der Rolle des Berliner Postamtes W 66 einen größeren Betrag gegen förmliche Schweizer Anweisung habe zahlen lassen, ohne besondere Rechtfertigung. Dieser Betrag soll auf Einkommen der Oberpostdirektion als nicht verbrauchter Reichspostzuschuß erst nach längerer Zeit zurückgeholt worden sein. Der Lokalanzeiger wünscht vom Reichspostministerium Aufklärung darüber, wofür Dr. Goette diesen Betrag und weshalb er einen verhältnismäßig großen Vorbehalt dafür verlangt.

#### Amerikas künftige Außenpolitik

Telegramm unres. Korrespondenten v. London, 13. Januar. Nach hier eingetroffenen Informationen aus Washington diplomatischen Kreisen dürfte Hughes Rücktritt noch erhebliche Verhandlungen in der amerikanischen Politik zur Folge haben. Diese würden zuerst und sehr lebhaft die Beziehungen zu Russland betreffen. (?) Hughes habe sich hartnäckig einer Anerkennung widerstehet. Jetzt ist die Rede davon, eine amerikanische Kommission unter dem Vorsitz Vorahs nach Russland zu schicken; ebenso habe Hughes dem Präsidenten von der Einberufung einer Abklärungskonferenz abgeraten. Vorah wünschte ursprünglich eine Abklärungskonferenz und Wirtschaftskonferenz. Jetzt soll er sich mit der Abklärungskonferenz begnügen. Anders verhält sich die Sache mit dem Weltfriedenshof im Haag. Hughes war für die amerikanische Mitgliedschaft an diesem Welttribunal, während Vorah sehr harte Bedenken hatte. Vorah wünschte jedenfalls vorher eine Konferenz zur Robifizierung des Internationalen Rechtes. Es ist wahrscheinlich, daß Coolidge diesem Wunsch beipflichten wird.

#### Amerika erkennt Sowjetrußland nicht an?

Telegramm unres. Korrespondenten v. Paris, 13. Januar. Aus amerikanischen Konsulatskreisen und wahrscheinlich von Kellogg selbst wird den hiesigen Blättern mitgeteilt, daß bis auf weiteres eine Anerkennung Sowjetrußlands durch die Vereinigten Staaten nicht beabsichtigt sei und daß auch Kellogg eine solche Anerkennung der amerikanischen Politik gegen Sowjetrußland nicht ansetzen werde.

#### Houghton nach London?

Telegramm unres. Korrespondenten v. London, 13. Januar. Aus Washington wird gemeldet, daß Houghton den Londoner Post-Expositor angestimmt habe. Die Meldung behauptet jedoch, daß die Befähigung. In Londoner diplomatischen Kreisen mißt man dieser Ernennung, falls sie sich behauptet, große politische Bedeutung bei. Falls sie sich behauptet, große politische Bedeutung bei, falls sie sich behauptet, große politische Bedeutung bei.

#### Ruhe in Italien

Rom, 12. Januar. (Stefani.) Der Minister des Innern berichtete im Ministerrat über die Lage im Innern und hob hervor, welche befriedigenden Ergebnisse durch die Anwendung der vom Ministerrat am 30. Dezember beschlossenen Maßnahmen erzielt worden seien. Er sagte hinzu, daß das Land vollkommene Ruhe sei.

#### Die italienische Opposition wählt nicht

Rom, 13. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die italienische Opposition ist zu der Ueberzeugung gelangt, im Falle einer Wahl der Urne fernzubleiben.